

Beitrag mehr auf seine Erinnerungskraft als auf die Dokumente, was den Wert seiner zurückblickenden Bemerkungen aber nicht mindert. Er konzentriert sich zuerst auf die Beziehungen zwischen den Westmächten und der UdSSR gegen Ende des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Dabei evoziert er die Stimmung der damaligen zeitgenössischen Bewunderung für die „Russen“ bei den Völkern des Westens und dann die Gefühle der bitteren Enttäuschung, welche durch die von den Sowjets in Osteuropa angewandten Methoden hervorgerufen wurden. Diese Entrüstung angesichts der sowjetischen Politik, die sich der westlichen Öffentlichkeit bemächtigte und bereits Mitte 1946 den ersten Höhepunkt erreichte, mag — argumentiert Seton-Watson überzeugend — den Druck auf die Regierungen verursacht haben, der im Laufe des Jahres 1947 das politische Handeln (wie die Truman-Doktrin) auslöste.

Ebenso bemerkenswert ist Seton-Watsons Kommentar zur Lage in Osteuropa. Da spricht er auch von der Manipulation mit dem Nationalismus seitens der sowjetischen Führung (am Beispiel des antideutschen Hasses in Polen und der Tschechoslowakei) und erwähnt zuletzt die Naivität und Fehler auf der Seite der gemäßigten Rivalen der kommunistischen Parteien. In diesem Zusammenhang betont er resolut: „Es ist jedoch notwendig, sich zum Schluß dessen zu entsinnen, daß sie nicht verloren haben, weil sie ‚kein konstruktives gesellschaftliches Programm hatten‘, oder weil die Kommunisten ‚mit der fortschrittlichen Lehre des Marxismus-Leninismus ausgerüstet waren‘, sondern deswegen, weil es nirgends die Kraft gab, die es ihnen ermöglicht hätte, der sowjetischen imperialen Macht entgegenzutreten, die in das von Hitler zurückgelassene Vakuum floß, unabhängig davon, ob Stalin einen allumfassenden Plan hatte oder nicht.“

Hannover

Vilém Prečan

*Political Culture and Political Change in Communist States. Edited by Archie Brown and Jack Gray.*

The Macmillan Press Ltd., London and Basingstoke 1979, 2. Ausg., 286 S., £ 4,95.

Sieben Staaten mit kommunistischem Herrschaftssystem — China, Kuba, Jugoslawien und die Sowjetunion mit drei ihrer Satellitenstaaten (Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei) —, sieben „kommunistische Gesellschaften“ (sic: „Communist societies“, S. 1) sind in diesem Band von einem interdisziplinären Team von neun britischen Gesellschaftswissenschaftlern unter einem speziellen Aspekt der sogenannten politischen Kultur zur Sprache gebracht worden. Sieben auf das jeweilige Land bezogene Studien sind umrahmt von der einleitenden theoretisch-methodologischen Studie A. Browns, in der es um die Präzisierung des Forschungsgegenstandes und um die Auseinandersetzung über das Begriffsverständnis der „politischen Kultur“ und dessen einzelne Aspekte geht, und von dem Schlußkapitel, in dem J. Gray die Ergebnisse der erwähnten sieben Fallstudien resümiert und einer komparativen Analyse unterzieht.

Die „kommunistische politische Kultur“ selbst, für die synonym der Begriff „offizielle politische Kultur“ (des Regimes) verwendet und die von der „dominanten politischen Kultur“ (eines Landes, eines Volkes) strikt unterschieden wird, ist jedoch nicht der Gegenstand der Studien dieses Buches. Wenn sich das eigentliche Thema der Untersuchung überhaupt klar definieren läßt, ging es dem Autorenkollektiv wohl darum, inwieweit und in welchen Formen sich die Kontinuität der früheren (präkommunistischen) dominanten politischen Kultur des jeweiligen Landes auch unter den neuen Umständen des kommunistischen politischen Systems durchzusetzen vermochte; ob und wie diese Kontinuität der aus früherer politischer Kultur überlieferten Elemente für den politischen Wandel ausschlaggebend war. Es wird weiterhin die Antwort auf die Frage gesucht, „wie erfolgreich die Träger der institutionellen Macht bei der Umwandlung der politischen Kultur waren — inwieweit sie die traditionellen Werte ersetzt und den ‚neuen Menschen‘ geschaffen haben“ (S. 18).

Das Wichtigste für den Rahmen der von einzelnen Autoren unternommenen empirischen Analyse war jedoch in erster Linie die Konzeption und das Verständnis, die Auffassung des Begriffs politische Kultur. Das Autorenkollektiv hat sich eindeutig für die sogenannte *subjektiv* orientierte Auffassung der politischen Kultur entschieden. Dies zu erklären, hat sich A. Brown in dem einleitenden Kapitel vorgenommen, wo er die von allen Autoren einheitlich verstandenen vier Hauptkomponenten einer solchen politischen Kultur und zugleich das mehr oder weniger bindende Schema für jedes einzelne Kapitel folgendermaßen taxativ formulierte:

1. Subjektive Wahrnehmung der Geschichte und Politik, d. h. allgemeinverbreitete Wahrnehmung der früheren historischen und politischen Erfahrung.
2. Grundlegende Werte und Wertvorstellungen (etwa die Neigung zu Sicherheit, Freiheit, Unabhängigkeit, Egalitarismus, Individualismus, Kollektivismus, Paternalismus) sowie grundsätzliche politische Überzeugungen (beispielsweise über die Wirksamkeit des Individuums im Verhältnis zum politischen Prozeß), die in einer Gesellschaft tief verwurzelt sind.
3. Kernpunkte der Identifikation und der Loyalität, einschließlich politischer Symbole, die für ganze Völker oder für ethnische und religiöse Gruppen, gesellschaftliche Klassen oder für die Partei, Gemeinde und Familie von gravierender Bedeutung sind.
4. Politische Kenntnisse und Erwartungen in bezug auf die politische Sphäre, womit in einer Gesellschaft allgemeinverbreitete Kenntnisse über das eigene politische System und seine Funktionsweise sowie Kenntnisse über alternative politische Systeme gemeint sind. Dazu werden auch die Wege gerechnet, über die sich große soziale Gruppen solche Kenntnisse verschaffen.

Ich habe diese umständliche Interpretation dessen, was in dem Band als politische Kultur verstanden und analysiert wird, nur deswegen unternommen, um anschaulich zu machen, wie begrenzt diese subjektiv orientierte („ideelle“) Auffassung der politischen Kultur ist, die politisches Verhalten und politisches Handeln überhaupt nicht einbezieht, es sogar voll und ganz meidet. Ich verstehe diesen Band als ein Experiment, das die Tragfähigkeit und Vertretbarkeit eines solchen Konzepts der

politischen Kultur auszuprobieren versucht, und zwar im Bereich dessen, was von Brown „komparative kommunistische politische Kultur“ genannt wird.

Das Ergebnis dieses Experiments betrachte ich als einen weiteren Beweis dafür, daß — wenn man die Elemente der „ideellen“ und der „realen“ (in politischen Verhaltensmustern sich manifestierenden) politischen Kultur voneinander trennt und politische Kultur, wie geschildert, begrenzt (wenn nicht sogar kastriert) versteht —, daß dann ganze Bereiche der tatsächlichen politischen Kultur, sei es offizieller, sei es dominanter, unberücksichtigt und ausgeklammert auf der Strecke bleiben. Was zur Analyse übrigbleibt, sind teils brüchige, teils marginale Erscheinungen und Elemente, die, ohne Zusammenhang mit dem politischen Verhalten betrachtet, nur wenig Aussagekraft über den wahren Verlauf der gesellschaftlichen Prozesse (in diesem Fall des politischen Wandels) enthalten.

Darauf hat einer der Mitautoren und Mitherausgeber des Bandes J. Gray in seiner an sich brillanten Schlußstudie *indirekt* hingewiesen. Von dem sowjetischen politischen Modell sprechend, bemerkt Gray, daß es eigentlich — vereinfacht gesagt — zwei politische Kulturen der kommunistischen Partei gibt. Während die eine von den langfristigen Hoffnungen und Erwartungen in bezug auf die Idee eines „neuen sozialistischen Menschen“ repräsentiert werde, sei die andere identisch mit der Operationsweise („operational code“) der hierarchisch organisierten, als perpetuum mobile sich bewegenden und das Machtmonopol besitzenden Partei. Gray bleibt der angenommenen Konzeption treu und beschäftigt sich mit der „einen“ politischen Kultur, mit den Ergebnissen des Experiments, einen „neuen sozialistischen Menschen“ zu schaffen.

Alles, was das politische System als „Netz von politischen Institutionen und politischen Verhaltensmustern“ (S. 3) anbelangt, seine Funktions- und Handlungsweise, blieb unberücksichtigt und ausgeklammert. Selbst die offizielle politische Kultur (auch „party-sponsored“ genannt) wird nicht in einer stetigen Interaktion mit der dominanten Kultur oder verschiedenen Subkulturen im jeweiligen Lande empirisch analysiert, sondern nur an einer Stelle in dem Kapitel über die UdSSR komprimiert dargestellt.

Der dazu dienende Abschnitt mit der Überschrift „Die offizielle politische Kultur“ erörtert in diesem Zusammenhang das offizielle Programm der KP der UdSSR aus dem Jahre 1961, und zwar das Kapitel „Der Moralkodex des Erbauers des Kommunismus“. Weiter beschäftigt sich der Autor dann mit der Rolle des sowjetischen Erziehungswesens und der sowjetischen Massenmedien als Mittel, die politische Sozialisation der offiziell proklamierten und gewünschten moralpolitischen Werte und Eigenschaften eines jeden „Erbauers des Kommunismus“ zu bewirken.

Wenn man statt von zwei politischen Kulturen nur von einer einheitlichen, zugleich subjektiven wie auch objektiven („ideellen“ und „realen“) politischen Kultur ausginge, würde das freilich bedeuten, in bezug auf die „offizielle“ kommunistische politische Kultur sowohl die ideologische Komponente als auch entsprechende Verhaltensmuster und *ihre Zusammenhänge* zu analysieren. Die Folge wäre, daß man sich beispielsweise nicht nur mit dem Mißerfolg bei der Züchtung eines „neuen sozialistischen Menschen“ hätte beschäftigen dürfen, sondern auch die Realität des

angepaßten Bürgers aus der letzten Dekade als ein typisches Phänomen der dominanten politischen Kultur in den meisten Ländern des sowjetischen Machtbereichs hätte anerkennen müssen. Wäre dies ein Vorteil oder ein Nachteil?

Zu dem, was ich an der konzeptionellen Auffassung der Arbeit auszusetzen versuchte, gesellt sich noch ein gewisser Mangel in der Anwendung historischer Methodik. Sicher, die Konzeption der politischen Kultur bedarf der Anwendung interdisziplinärer Forschungsmethoden, wobei Geschichtswissenschaft, Soziologie, politische Ökonomie sowie politische Wissenschaft (als Kerndisziplin) zu Worte kommen müssen, wie es A. Brown richtig betont (S. XIII). Die Inanspruchnahme der Historie hat sich jedoch meistens darauf begrenzt, daß die Autoren der einzelnen Länder behandelnden Kapitel einleitend eine kurze historische Übersicht vorge-schoben haben, in der sie in erster Linie die Züge der jeweiligen nationalen Geschichte hervorhoben, die in Hinsicht auf die politische Kultur des Landes besonders relevant sind.

Als stets präsen-te Komponente der durchgeführten empirischen Analyse wurde die historische Forschungsweise jedoch nicht angewandt. Sehr oft macht sich ein Mangel an Gefühl für die historische Bedingtheit der analysierten Phänomene bemerkbar. Ohne Rücksicht auf den jeweiligen historischen Hintergrund und ihre historische Bestimmtheit werden Erscheinungen nebeneinander gestellt und beurteilt, die sich in verschiedenen historischen Dimensionen ereigneten. Mehr Sinn für Zusammenhänge in der Zeit, für die Entwicklung verschiedener Faktoren der politischen Kultur im Laufe von Jahrzehnten oder wenigstens der einfachste Versuch einer wie auch immer gearteten Periodisation des Wandels, von dem die Rede ist oder sein sollte, hätten wesentlich zu einer in jeder Hinsicht systematischeren Analyse beitragen können.

Die erwähnten Mängel fallen besonders in dem Kapitel „Die Tschechoslowakei: Erneuerung und Rückfall“ auf. Hier werden gerade die besonderen Merkmale der offiziellen politischen Kultur nicht analysiert, etwa in Hinblick darauf, ob und inwieweit bei ihrer Entstehung und Durchsetzung die Elemente der früher dominanten politischen Kultur mitwirkten und wie sie die tschechoslowakische Variante des sowjetischen Modells mitprägten, was später den politischen Wandel entweder vereinfachen oder aber erschweren konnte.

Da das politische Verhalten als Bestandteil der politischen Kultur außer acht gelassen wird, bleiben solche Phänomene wie Adaptationsmechanismen der breiten Massen (als praktische Applikation der politischen Kenntnisse und der politischen Erwartungen) in allen relevanten Perioden der Entwicklung nach 1948 und wiederum nach 1968 unberücksichtigt. Das gleiche trifft auf die sich gerade zur vergleichenden Analyse anbietenden Verhaltensmuster der politischen Elite in den Momenten der großen Krisen zu, wenn der Staat von außen her bedroht wurde. Konkret gesagt: Die Analogie zwischen dem, wie sich der Demokrat Beneš im Jahre 1938 und der Kommunist Dubček 1968 verhalten hatten, müßte doch als Gegenstand der Analyse in den Bereich der politischen Kultur des Landes einbezogen werden!

Der im ganzen Kapitel als der herausragende Faktor der dominanten tschechoslowakischen politischen Kultur so beschworene politische Pluralismus wird nicht

näher analysiert und nur durch den Hinweis auf die Erste Tschechoslowakische Republik definiert. Was mit der Tradition des politischen Pluralismus in der Zwischenzeit seiner „Abwesenheit“ nach München 1938 und für mehr als ein Jahrzehnt nach 1948 geschah, davon ist nicht die Rede. Auch nicht davon, wie einfach es war, ihn bald nach 1968 wieder zu „verbannen“.

Statt all dem, was man wohl als brennende Fragen der politischen Kultur des Landes betrachten darf, widmen die Autoren ihre Aufmerksamkeit in erster Linie (ein Drittel des diesem Kapitel gewidmeten Textes) dem Versuch, die Ergebnisse von zwei Meinungsumfragen (aus dem Jahre 1946 und 1968) als Hauptquelle zur empirischen Analyse der für die Autoren relevanten Komponenten der politischen Kultur gültig zu machen.

Zugegeben, der Zeitpunkt, in dem sie ihre Bearbeitung begonnen hatten, war in einer Hinsicht ungünstig: Anfang der 70er Jahre hatten sie nicht genug Möglichkeit, die gesellschaftlichen Prozesse, Erscheinungen und Entwicklungselemente der postrevisionistischen Ära, die erst mit den Jahren ausgereift sind und sich klar herausgestellt haben, in ihre Analyse voll einzubeziehen. Deswegen sind ihre Ergebnisse von den nur wenig später publizierten Studien (H. G. Skilling, D. W. Paul) überholt worden. Doch waren die Autoren nicht ganz ohne Anhaltspunkte. Sie konnten doch die Anfang der 70er Jahre in der Zeitschrift *Svědectví* breit publizierte Diskussion über den tschechischen nationalen Charakter (wie einseitig und masochistisch sie auch immer gewesen sein mag) und den offenen Brief von Václav Havel an Gustav Husák vom April 1975 (die erste umfassende Analyse sowohl der Mentalität einer totalen Anpassung der „konsolidierten“ Massen als auch der Hauptmerkmale der offiziellen politischen Kultur in der Ära der Restauration; bereits im Sommer 1975 auch auf englisch publiziert) als Anlaß nehmen, ihre historische Perspektive zu erweitern.

Nicht alle Studien des Bandes verdienen soviel Kritik wie die über die Tschechoslowakei. Und es wäre völlig ungerecht — angesichts der geleisteten Pionierarbeit, der Fülle von weiterverwendbaren Informationen sowie des bewiesenen Mutes, neue Felder zu betreten —, den ganzen Band als dürftig zu bezeichnen. Die zweite Ausgabe der Publikation kurz nach der ersten im Jahre 1977 ist ein Zeichen für das rege Interesse der Fachleute an dieser Problematik. Wenn jedoch A. Brown für die kollektive Arbeit die Bezeichnung „a preliminary essay“ verwendet (S. 20), kann man seine Bescheidenheit nur begrüßen und sich dieser Wertung als einer sehr passenden anschließen.

Hannover

Vilém Prečan

*Walter D. Connor, Zvi Y. Gitelman, Adaline Huszczo, Robert Blumstock, Public Opinion in European Socialist Systems.*

Praeger Publishers, New York 1977, 196 S., \$ 18,50 (Praeger Special Studies in international Politics and Government).

Die öffentliche Meinung auszuloten, dürfte auch eigenen Regierungen in einem Rechtsstaat nicht immer gelingen. In den kommunistischen Ländern Osteuropas